

Buchbesprechungen

Friedrich L. Sell: Geld- und Währungspolitik in Schwellenländern, am Beispiel der ASEAN-Staaten. Ein Beitrag zu der Kontroverse zwischen „Liberalisierungsökonom“ und „Neostrukturalisten“. Berlin 1988. 448 S. DM 84,-.

Zwei theoretische Richtungen der monetären Entwicklungsökonomik streiten sich seit Jahren um die Wirkungen von Liberalisierungs- und Stabilisierungsmaßnahmen in Entwicklungsländern. Die Liberalisierungsschule erhofft sich von einer Beseitigung finanzieller Repression höhere Realzinssätze auf Geldkapital, eine Mobilisierung von Sparkapital im formellen Finanzsektor und einen Anstieg der Spartätigkeit insgesamt. Geht diese mit einem Wegfall der institutionalisierten Kreditrationierung einher, erwarten die Liberalisierungsökonom die Finanzierung von mehr und qualitativ ansprechernden Investitionen mit den entsprechenden Einkommens- und Kapazitätseffekten, die dem Entwicklungsland zu einem höheren Wachstumspfad verhelfen.

Die Neostrukturalisten halten dieser Ansicht entgegen, daß die Gesamtwirkungen solcher Maßnahmen für das Entwicklungsland nur dann positiv ausfallen, wenn im informellen Finanzsektor die zu erwartenden negativen Folgen niedriger bleiben als die realistischerweise anzunehmenden Ergebnisverbesserungen im formellen Finanzsektor. Nach einer Zinsreform werden nämlich Refinanzierungsmittel für Kredite vom informellen in den formellen Sektor abgezogen, so daß die Finanzierung von Betriebsmitteln und Investitionen im informellen Sektor teurer werden: Nicht inflationsneutrales Wachstum, sondern Stagflation sei dann zu erwarten.

Dieser Zusammenhang, der mit der gegenwärtigen Diskussion des Weltentwicklungsberichts der Weltbank besondere Aktualität gewonnen hat, weil dort auf die Notwendigkeit einer Restrukturierung der Finanzsektoren hingewiesen wurde, versucht der Verfasser anhand von Beispielen aus Schwellenländern der ASEAN-Staaten zu verifizieren. Er geht dabei auch auf die gegensätzlichen Positionen im Bereich der Stabilisierungspolitik ein, wo nach neostrukturalistischer Auffassung eine restriktive Geldpolitik die aggregierte Angebotskurve aufgrund eines Anstiegs der Zinskosten anhebt, während die Liberalisierungsökonom von einem Abbau der Geld- und Kreditkontrollen stabilisierende Effekte erwarten, auch wenn anfänglich ein Anstieg im nominalen Einlagenzins zu verzeichnen ist.

Nach dem Kriterium des Verfassers ist für die Schwellenländer mit der Liberalisierung gleichzeitig ein Schritt über die „Schwelle“ hinaus verbunden. So knüpft der Autor an ein Konzept des Schwellenlandes an, das sich von der landläufigen Auffassung eines Entwicklungslandes mit besonders weit fortgeschrittenem Industrialisierungsgrad unterscheidet: Für ihn befindet sich ein Schwellenland in einem vorgerückten Stadium des Monetarisierungsprozesses, und es weist Preisverzerrungen auf den Finanz- und Devisenmärkten auf.

Die Arbeit weist eine Dreiteilung auf. Im ersten Hauptteil werden am Beispiel der ASEAN-Staaten (ohne Brunei) die monetären Besonderheiten von Schwellenländern konkretisiert. Diese finden dann im zweiten Hauptteil Eingang in die äußere und innere Struktur eines eigenen Erklärungsmodells, wobei der Autor die Drei-Sektoren-Hypothese in sein Modell integriert. Hierin liegt der besondere Originärbeitrag der vorliegenden Arbeit. Im letzten, empirischen Teil der Arbeit, gewinnt der Verfasser schließlich überprüfbare Hypothesen, die geeignet sind, die von den genannten Ländern verfolgten monetären Wirtschaftspolitiken und deren Auswirkungen auch quantitativ zu bewerten.

Als empirische Fallstudien der Liberalisierungspolitik zieht der Autor die Zinsreformen von Indonesien (1983), Malaysia (1978) und den Philippinen (1981/83) sowie die Abwertung der indonesischen Rupiah (1983) und des thailändischen Baht (1981) heran. Als Beispiele für Stabilisierungspolitik dienen die Geld-/Kreditkontrollen in Singapur und Thailand (1973 - 1985) sowie das Wechselkursmanagement Malaysias, der Philippinen und Singapurs (1973 - 1985).

Der Autor kommt zu dem Fazit, daß mit der vorliegenden Studie vermutlich nicht der Streit zwischen Liberalisierungsökonomern einerseits und Neostrukturalisten andererseits geschlichtet oder zugunsten einer Seite entschieden werden kann. Seine Erweiterung des Analysehorizonts auf drei Sektoren stellt aber die Thesen beider Schulen in einen neuen Zusammenhang und vermag so vielleicht Anstöße zu geben zur zukünftigen monetären Schwellenländerforschung.

Manfred Piel, Bonn

John K. Galbraith: Die Entmythologisierung der Wirtschaft. Grundvoraussetzungen ökonomischen Denkens. Paul Zsolnay Verlag, Wien - Darmstadt 1988 (amerikanische Originalausgabe: *Economics in Perspective: A Critical History*, 1987; ins Deutsche übertragen von M. Streissler). 394 S., DM 48,-.

Der deutsche Titel des Buches einschließlich des Untertitels ist wenig glücklich gewählt: Es geht dem Autor nämlich weder darum, Mythenbildungen in der Ökonomie aufzuspüren und gegebenenfalls offenzulegen, noch werden in dem Buch „Grundvoraussetzungen des ökonomischen Denkens“ in dem Sinne gelegt, daß nach Kriterien, Mindestanforderungen oder Rahmenbedingungen der ökonomischen Theoriebildung gefragt wird oder *Galbraith* gar selbst solche aufzustellen versucht. Es handelt sich bei dem Buch um eine kritische Lehrgeschichte der Ökonomie, so wie es der Titel der amerikanischen Originalausgabe auch zutreffend zum Ausdruck bringt.

Den Autor braucht man dem deutschen Publikum nicht besonders vorzustellen. *Galbraith* hat seit über 30 Jahren mit zahlreichen Publikationen auf sich aufmerksam und sich als kritischer, heterodoxer Geist einen Namen gemacht. Als der Verfasser vor rund 25 Jahren noch als Student das erste Mal auf *Galbraiths* Schriften („*The affluent Society*“ und später „*The New Industrial State*“) stieß, beeindruckte ihn nicht nur der lockere, fast heitere Grundton der Sprache, sondern auch die unkonventionelle Sichtweise der Ökonomie. Gerade mit dem herrschenden Lehrbuchwissen ausgerüstet, sah man sich durch *Galbraiths* kritisch hinterfragende Darstellung der Dinge verunsichert. Da wurden Tabus offen ausgesprochen bzw. angegriffen und darüber hinaus

eine kritische Brille zur Verfügung gestellt, die Vieles von dem eben frisch Gelernten in Frage stellte und deren ideologische Hülle vor Augen führte.

Galbraith hat von diesen seinen Eigenschaften zu schreiben und zu denken bis heute nichts eingeübt. Er bleibt ein „literarischer“ Ökonom, wenngleich die einstige Frische der Sprache – vielleicht auch nur eine Folge der Gewöhnung – nicht mehr so durchschlägt wie früher. Zum Teil mag das auch an der Übersetzung ins Deutsche liegen, die oftmals wenig flüssig wirkt.

Galbraiths Dogmengeschichte setzt ein bei *Aristoteles*, führt uns über die Wirtschaftslehren des Christentums und der Scholastik zum Merkantilismus, zeichnet die Grundideen der Physiokraten nach und landet dann bei der ersten systematischen, umfassenden Ausformulierung eines wirtschaftstheoretischen Denksystems: der Klassik. Ihr widmet er insgesamt fünf Kapitel. Im ersten wird die Grundsteinlegung durch *A. Smith's* „Wealth of Nations“, im nachfolgenden ihr „Feinschliff“ vor allem durch *Say*, *Malthus* und *Ricardo* thematisiert. Im Anschluß daran wird „die große klassische Tradition“ vorgestellt, die in der ausgefeilten neoklassischen Version ihren Höhepunkt findet. Danach wendet sich *Galbraith* dem „Großangriff“ durch *Marx* zu.

Die weiteren Kapitel kommentieren die Auflösung der Neoklassik, die Anfänge des Wohlfahrtsstaates und – natürlich – die *Keynessche* Revolution. Unverständlicherweise spart *Galbraith* hier das wichtige Interpretationsmodell von *Clower* und *Leijonhufvud* vollends aus. Das verwundert um so mehr, als das Buch mit Beginn der *Keynesschen* Epoche zunehmend „amerikanisch“ wird. In anschaulicher Weise schildert der Autor die Wirtschaftsgeschichte der USA und stellt die namhaftesten Autoren, Theoretiker und Politiker der Zeit vor. Je näher wir dabei der Gegenwart kommen, desto mehr fließt an unmittelbarem praktischem Wissen in die Darstellung ein. Es sei daran erinnert, daß *Galbraith* einst als Wirtschaftsberater von Präsident *Roosevelt* fungierte und unter *Kennedy* amerikanischer Botschafter in Indien war. Vorläufiger Endpunkt der Dogmengeschichte bildet schließlich „das Zeitalter von *Milton Friedman*“, das im Verlaufe der 70er Jahre anbrach, als sich der *Keynesianismus* gegenüber dem Problem der Inflation als machtlos erwies.

Interessant ist *Galbraiths* Einschätzung, daß die moderne Wirtschaftstheorie auf ein „niedriges Niveau“ abgesunken sei und ihre Aufgabe nur unzureichend erfülle. Den Hauptgrund dafür sieht er in dem hartnäckigen Festhalten der Ökonomen an ihrer traditionellen (neo)klassischen Bindung: „Das aufzugeben, was man gelernt und gelehrt hat, heißt einen früheren Irrtum einzugestehen; dagegen wehren wir uns alle“ (S. 339). Einen anderen Grund sieht er in der Neigung der Wissenschaftler, vor der Wirklichkeit und ihren Problemen die Augen zu verschließen und sich mit der Lösung technischer Puzzles, wie sie das auf Basis des vollkommenen Wettbewerbs entwickelte neoklassische Modell bis heute noch zahlreich bietet, zufriedenzugeben. Ungeachtet seiner fehlenden Wirklichkeitsrelevanz wird das Modellgehäuse nach allen Seiten hin weiter ausgebaut und mathematisch verfeinert, während Fachfremde oder Kritiker wegen der Esoterik der Analyse ausgeschlossen bleiben.

Man fühlt sich stark an *Th. S. Kuhns* Beschreibung der „Normalwissenschaft“ (im Gegensatz zur „revolutionären“) erinnert. Nach Kuhn verschwindet ein herrschendes Paradigma nicht durch logische Widerlegung. Vielmehr muß es zuvor in eine tiefe Krise geraten sein, indem es schwerwiegende Probleme der Zeit nicht mehr befriedigend zu lösen vermag. Erst dann ist die Zeit reif für das Auftreten eines neuen Paradigmas, welches das frühere ablöst. Genau diesen Zustand sieht *Galbraith* für die

Wirtschaftswissenschaft als gekommen an. Die Ökonomie als bloße Normalwissenschaft hinkt so laut Galbraith den anstehenden schwerwiegenden Problemen der Wirklichkeit in fataler Weise hinterher. Man wird ihm da nur schwer widersprechen können.

Der Autor führt noch ein weiteres Argument für das Festhalten an der klassischen Tradition an: Der Staat – nicht mehr die Arbeiter oder Gewerkschaften – sei der neue „Feind“ der Unternehmen. Der Staat mache sich zum Sprecher großer Wählergruppen und greife zu deren Gunsten in den Wirtschaftsablauf ein. Die Privatwirtschaft verteidigt sich gegen solche Eingriffe, indem sie am theoretischen Marktmodell der Klassik festhält, das keinen Raum für staatliche Eingriffe läßt.

Auch vergißt *Galbraith* nicht zu erwähnen, daß die (Neo-)Klassik mit dem Machtargument allzu einfach verfährt, indem sie Oligopol- oder Monopolfälle zwar als Ausnahmen konstatiert, sie aber faktisch als dem Markte untergeordnet betrachtet und so ihre eigentliche Bedeutung negiert.

Schließlich stellt er heraus, daß die zentralen Fragestellungen der (Neo-)Klassik heute in den Hintergrund getreten sind. Es geht nicht mehr vorrangig um die traditionellen Probleme von Wert- und Preistheorie mit ihren Fragen nach den Bestimmungsgründen der Preise bzw. ihrer Wertbasis sowie nach der Höhe und Verteilung des Einkommens. Im Mittelpunkt stehen heute vielmehr das Problem der Sicherheit von Arbeitsplätzen und damit die Frage nach der Sicherung des individuellen Einkommens überhaupt. Einen der Hauptgründe für das Versagen der modernen Wirtschaftstheorie sieht *Galbraith* in der Verbannung der Mikrotheorie durch die *Keynessche* Revolution. Mit ihrer Konzentration auf die Makroebene überließ sie das mikroökonomische Feld der klassischen Wettbewerbstheorie. Probleme wie Inflation und Arbeitslosigkeit wurden als makroökonomisch analysier- und lösbar betrachtet. Die Wandlung auf mikroökonomischer Ebene vom traditionellen Betrieb zum typischen Großunternehmen von heute brachte so viele gravierende Neuerungen mit sich, daß es ihn nicht wundert, wenn die makroökonomischen Steuerungsinstrumente zunehmend versagen: „Die Gliederung der Wirtschaftstheorie in Mikro- und Makrotheorie verstellt den Blick auf die hartnäckigste Ursache gegenwärtiger Arbeitslosigkeit in den reifen Industriewirtschaften: nämlich den Niedergang der älteren Industrien. Sie verstellt auch die in Frage kommenden Lösungen des Problems. Mikroökonomisch kann die Arbeitslosigkeit in gewissem Maße durch Umschulungen, Bereitstellungen von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, Schutzzölle und Maßnahmen zur Verbesserung eines unbefriedigenden Betriebsklimas oder Managements verringert werden. Sie ist jedoch nicht gesamtwirtschaftlich durch eine allgemeine Steuer, durch Staatsausgaben oder Geldpolitik zu beheben“ (S. 355 f.). Nicht zu Unrecht betont er, daß die Betriebswirtschaftslehre der „durchorganisierten Welt der Großunternehmen“ viel eher gerecht wird, was natürlich ein geschlossenes gesamtwirtschaftliches Modell nicht zu ersetzen vermag. Dies zu entwickeln ist und bleibt Aufgabe der Volkswirtschaftslehre!

Galbraith schließt mit der Hoffnung, daß die zusätzlich eingetretene Trennung der Wirtschaftswissenschaft von der Politik und den politischen Triebkräften verschwinden und die Disziplin wieder zu einer echten „Politischen Ökonomie“ zurückfinden werde. Zwar kann man seiner Kritik in vielen Punkten beipflichten, ein bißchen vage und – zumindest in diesem Werk – auch etwas oberflächlich bleiben die Argumente oftmals doch.

Resümierend kann man sagen, daß das Buch, insbesondere für *Galbraith*-Kenner, nicht sehr viel Neues bringt. Der alte Wein fließt diesmal lediglich durch einen dogmengeschichtlichen Schlauch. Damit sei die Legitimität solcher Bücher nicht bestritten.

Michael Burchardt, Berlin

Gottfried Bombach, Bernhard Gahlen und Alfred E. Ott (Hrsg.): Geldtheorie und Geldpolitik. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen. 1988. 346 S. DM 98,-.

Das Erscheinen des vorliegenden Tagungsbandes mit Beiträgen zur Geldtheorie und Geldpolitik, die auf dem Ottobereiner Wirtschaftswissenschaftlichen Seminar im September 1987 referiert, korreferiert, diskutiert und generaldiskutiert wurden, wird bei vielen Wissenschaftlern, die auf dem Gebiet der monetären Ökonomik forschen, eine Assoziation mit dem 1974 von *Karl Brunner, Hans G. Monissen und Manfred J. M. Neumann*, herausgegebenen Band „Geldtheorie“ (Neue Wissenschaftliche Bibliothek Wirtschaftswissenschaften: Kiepenheuer & Witsch) wachrufen. Dieser Band sollte eine erste Bestandsaufnahme der Nachkriegszeit über den Stand der Disziplin liefern sowie wichtige Fragestellungen für die Zukunft ableiten lassen.

Neben den inhaltlichen Schwerpunkten charakterisierten die Herausgeber die Rahmenbedingungen des geldtheoretischen Forschungsprogrammes 1974 folgendermaßen: ein diskontinuierliches Anwachsen des Erkenntnisstandes in der Vergangenheit, der anglo-amerikanische Raum als Heimat aller wesentlicher Impulse, eine Expansion der empirischen Analysen und eine verstärkte Integration geldpolitischer Problemstellungen in die rein theoretische Forschung. Als wichtige Forschungsschwerpunkte für die Zukunft wurden damals vor allem die Mikroklärung für die Verwendung von Geld, die Analyse und Modellierung der Transmissionsprozesse, der Ausbau der Geldangebotstheorie und die Beschäftigung mit Fragen der Geldpolitik angeregt.

Die Herausgeber hoben in ihrem Vorwort die zunehmende Bedeutung der Beschäftigung mit geldtheoretischen Fragen und die Anerkennung des geldpolitischen Wirkungspotentials nach der „allmählichen Überwindung des“ diesbezüglichen „keynesianischen Skeptizismus“ hervor. Dies erinnert vehement an die Situation, in der dieser neue Sammelband erscheint: nach der „allmählichen Überwindung der These der Politikineffektivität“. Aber auch die darin behandelten Fragestellungen und die noch ausstehenden Antworten, knüpfen ebenso wie die für die Zukunft vorgeschlagenen Forschungsprogramme unmittelbar an den Band von 1974 an.

Es wäre sehr reizvoll, den Erkenntnisfortschritt der geldtheoretischen Forschung der letzten fünfzehn Jahre anhand der vergleichenden Analyse dieser beiden Bände aufzuarbeiten und die Zeit- und Problembezogenheit der Forschungsergebnisse sowie die „allgemeingültigen Antworten“ in den einzelnen Beiträgen aufzuzeigen. Es möge an dieser Stelle genügen, auf die angeführten Parallelen hinzuweisen. Bei den Merkmalen des Forschungsumfeldes hat sich die empirische monetäre Forschung zu einem vollwertigen Schwerpunkt der monetären Ökonomik entwickelt. Die Akkumulation neuer Erkenntnisse verläuft weiterhin in Zyklen: Die Beiträge des Tagungsbandes referieren Forschungsergebnisse der „Konsolidierungsphase“. Viele wesentliche Impulse der geldtheoretischen Forschung kommen immer noch aus dem anglo-ameri-

kanischen Raum. Gerade dieser Tagungsband zeigt jedoch, wie kritisch sie in Kreisen deutschsprachiger Wissenschaftler und Wirtschaftspolitiker aufgenommen, diskutiert, weiterentwickelt, und modifiziert werden.

Schließlich wurden die 1987/88 vorgelegten Beiträge explizit unter dem Schwerpunkt ihrer Aussagefähigkeit für die Ausgestaltung und die Möglichkeiten der Wirtschafts(Geld)politik ausgewählt und diskutiert. Im provokanten Einleitungsreferat verneint *Streißler* jedoch die Möglichkeit der Transformation neuester geldtheoretischer Forschungsergebnisse in „wirtschaftspolitische Rezepte“ und damit jeglichen Nutzen der monetären Theorie für Geldpolitiker. Die Hinweise, die diese ableiten könnten und die eine Modifikation der vorangegangenen „Allsätze“ darstellen, waren ihnen auch vorher bekannt. Streißler kommt zu seinen Ergebnissen auf der Basis einer Analyse der Antworten, die in der (von ihm sehr eng ausgewählten) Literatur auf bestimmte Grundfragen der monetären Theorie (Definition und Entstehung von Geld, Stabilität der Geldnachfrage, Neutralität des Geldes, Interdependenzen zwischen Geld- und Fiskalpolitik, Relativierung der Geldwertstabilität, Bedeutung der Erwartungsbildung für die Vorhersehbarkeit der Geldpolitik) gegeben wurden.

Das Kapitel über die „Probleme der Geldpolitik“ beinhaltet zwei Beiträge über die monetäre Politik der Deutschen Bundesbank. Die geldpolitischen Konzepte seit dem Ende der internationalen Währungsordnung von Bretton Woods wurden von *Pohl* einer Evaluierung unterzogen, wobei er aus den „Erfahrungen mit Geldmengenzielen“ Vorschläge für ihre Definition und Realisierungsmöglichkeiten ableitet. „Argumente für eine Neuorientierung“ des Instrumenteneinsatzes, in Form einer verstärkten Anwendung der Offenmarktpolitik leitete *Issing* aus den aktuellen Entwicklungen auf den Geld- und Kapitalmärkten ab.

Sehr heterogene Beiträge umfaßt das Kapitel über den „monetären Sektor, Geldangebot und -nachfrage“. *Engels* analysiert die Effekte einer bestimmten (portfolioorientierten) Definition der Recheninheit in intertemporalen Verträgen auf die Höhe des Gesamtrisikos und seine Verteilung, die Realallokation und die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Konjunkturschwankungen. *Läufer* testet eine neue Geldangebotsfunktion vor dem konkreten institutionellen Hintergrund der Bundesrepublik Deutschland, in deren Mittelpunkt die Effekte der Existenz und Veränderung von Refinanzierungskontingenten auf das Bankenverhalten stehen. Die Untersuchung von *Heri* und *Kugler* liefert neben methodischen Hinweisen zur Analyse der Geldnachfrage für die Geldhaltung der Schweiz das Ergebnis, daß bei langfristig unveränderten Beziehungen zwischen Zinssätzen, Geldmenge und Nomineinkommen die Anpassung bei Ungleichgewichten nun, nach der Änderung des geldpolitischen Konzeptes, vom Zinssatz, früher vom Geldangebot, geleistet wird. Die Probleme der Spezifikation des Portefeuilleansatzes für den österreichischen Finanzsektor zeigt das Referat von *Neusser* und *Winckler* auf.

Die „Transmission monetärer Impulse in den realen Sektor“ wird in drei Beiträgen behandelt. *Clemenz* leitet in einem Modell mit überlappenden Generationen, das er um einen Kreditmarkt mit asymmetrischer Information ergänzt, erste Hinweise für die Wirkungsmechanismen der Geldmengenpolitik ab, zeigt aber vor allem auf, welche Modellelemente für die Erzielung konkreter Ergebnisse noch zu integrieren sind. Die Auswirkung monetärer Schocks des Auslands (große offene Volkswirtschaft) auf eine kleine offene Volkswirtschaft bei unterschiedlichen Wechselkursregimen, alternativen Indexierungsgraden der Nominallöhne und Differenzierung zwischen transitori-

schen und permanenten Veränderungen der ausländischen Geldmenge untersuchen *Frisch* und *Hof* im Zwei-Länder-Modell von Marston. *Flaig* liefert eine empirische Untersuchung auf der Basis von Daten der Bundesrepublik Deutschland, in der er die monetäre Transmission via Änderungen des erwarteten Realkapitalzinssatzes, die sich in der Substitution von gegenwärtigem durch zukünftigen Konsum niederschlagen, modelliert.

Neben einer Zusammenfassung und Systematisierung wesentlicher Ergebnisse der Referate und Diskussionen der Veranstaltung liefert *Schelbert-Syfrig* einen ausgezeichneten Überblick über den aktuellen Stand der monetären Theorie. Dieser umfaßt nicht nur die Entwicklungslinien der Vergangenheit, in der die geldpolitischen Empfehlungen der sich ablösenden Schulen aufgezeigt werden, sondern auch das grundsätzliche Spannungsverhältnis zwischen monetärer Theorie und Politik, das aufgrund bestimmter und sich verändernder Erwartungshaltungen von Theoretikern und „Anwendern“ an die jeweils andere Gruppe immer wieder akut wird, aber auch gelöst werden kann.

In vielen Referaten, aber auch in der Zusammenfassung wurde die Bedeutung bestimmter institutioneller Arrangements für die Wirksamkeit und die Wirkungsmodalitäten der Geldpolitik sehr deutlich; vereinzelt, eher implizit wurde auch darauf hingewiesen. Damit schließt sich der Assoziationsbogen zum eingangs erwähnten Sammelband von 1974. Bereits in diesem wird eine Intensivierung der Erforschung konkreter Institutionen, ihrer Wirkungen und Änderungsmöglichkeiten im monetären Bereich gefordert. Bis heute fehlt jedoch – trotz vieler vorhandener einzelner und verstreuter Hinweise und Ansätze – eine explizite Theorie der monetären Ordnung, die die Effekte ihrer einzelnen Elemente und deren konkreter Ausgestaltung systematisch ableitet. Diese Aufgabenstellung sollte unbedingt in das zukünftige monetäre Forschungsprogramm aufgenommen werden. Gerade im Hinblick auf den Blickwinkel, der in diesem Sammelband in den Mittelpunkt gestellt wurde, nämlich dem Nutzen der Geldtheorie für die monetäre Politik. Die Entwicklung einer Theorie der monetären Ordnung könnte nach dem Ende der, von den Tagungsteilnehmern konstatierten „Konsolidierungsphase“, der Impuls für einen neuen Zyklus des Erkenntnisfortschritts in der monetären Theorie sein. Die Vernachlässigung dieses ordnungspolitischen Aspektes der monetären Ökonomik stellt den einzigen Kritikpunkt an diesem Tagungsband dar, der einen ausgezeichneten Überblick über den aktuellen Stand der „Geldtheorie und Geldpolitik“ bietet.

Theresia Theurl, Innsbruck

Jochen Michaelis: Optimale Finanzpolitik im Modell überlappender Generationen. Finanzwissenschaftliche Schriften, Bd. 39. Frankfurt a. M. / Bern / New York / Paris 1989. DM 59,-.

Im Vorwort seiner Dissertation weist *Jochen Michaelis* auf die allgemeine Erfahrung hin, daß eine gute Frage bereits die halbe Antwort enthalte. Damit wird er seiner Arbeit aber nur unzureichend gerecht. Zwar eröffnet das Thema zahlreiche reizvolle Fragestellungen; doch die vom Verfasser gefundenen Antworten sind damit bei weitem nicht schon vorgegeben, auch wenn Anregungen des Doktorvaters *Michael Carlberg* unübersehbare wichtige Akzente setzen. Aber es gelingt *Michaelis*, mit eigen-

ständigen Einsichten den Kontext dieses in der neueren Literatur umfänglich bearbeiteten Problembereichs grundsätzlich zu erweitern.

Das bereits 1965 von *P. A. Diamond* entwickelte Modell „überlappender Generationen“ ist gegenüber dem herkömmlichen neoklassischen Argumentationszusammenhang ein überlegener Analyserahmen für die längerfristigen Wirkungen der Staatstätigkeit. Insbesondere der durch das individuelle Sparverhalten bestimmte Kapitalbildungsprozeß erfährt durch die Problematisierung intergenerativer Transfers zusätzliche Deutung. Dabei wird die sonst vorhandene Schwierigkeit, langfristige Anpassungsprozesse gehaltvoll zu erklären, besser bewältigt, weil die unterstellten Verhaltensannahmen als Vererbungs- und Schenkungsmotive mikroökonomisch fundiert werden. Staatstätigkeit beeinflusst die Konkretisierung dieser Motive, indem Ausgabe- und Einnahmeentscheidungen auf die Bestimmungsgründe von Schenkungen und Vererbungen wirken, also den Kapitalbildungsprozeß auch über Veränderungen der intergenerativen Transfers mitbestimmen.

Nach einer kurzen Einführung in den Gang der Untersuchung stellt *Michaelis* zunächst die Elemente des Grundmodells dar. Dabei wird deutlich, daß die Staatstätigkeit gerechtfertigt werden kann, weil sie – im Gegensatz zum reinen dezentralen Marktergebnis, welches eine pareto-suboptimale Lösung hervorbringt – den pareto-optimalen „Steady-State“ realisieren kann. Welchen Bedingungen eine derartige „optimale“ Finanzpolitik, die das individuelle Nutzenniveau der Angehörigen sich überlappender Generationen maximiert, genügen muß, ist Gegenstand der folgenden Kapitel.

Die Analyse beginnt mit der optimalen Höhe der Staatsausgaben, insbesondere des Umfangs öffentlicher Investitionen. Daran schließt sich die Diskussion der optimalen Einnahmenstruktur an. Für diese wird zwischen unterschiedlichen Steuern und Staatsverschuldung differenziert. Das Problem der Staatsverschuldung dominiert dann den weiteren Verlauf der Untersuchung. Gefragt wird nach ihren langfristigen Grenzen, ihren Einfluß auf Vererbungen und Schenkungen. Diese letzteren Fragestellungen beziehen sich auf Überlegungen, die in der Literatur unter dem Stichwort der neueren Diskussion des „Ricardianischen Äquivalenztheorems“ bekannt geworden sind und die im Anschluß an eine wichtige Arbeit von *Robert J. Barro* verbreitete Aufmerksamkeit gefunden haben.

Die von *Barro* vorgenommene Neuformulierung der klassischen These bestätigt die Äquivalenz von Steuerfinanzierung und Staatsverschuldung durch die Einführung von Vererbungen. Weil Staatsverschuldung von den Individuen bezüglich der langfristigen Belastungswirkungen durchschaut wird, kommt es zu erhöhten Sparleistungen bzw. Vererbungen, welche reale Effekte der Staatstätigkeit konterkarieren. Diese These wird von *Michaelis* insofern einer grundsätzlichen Kritik unterzogen, als er auf die Möglichkeit der sogenannten „Randlösung“ hinweist. Eine „Randlösung“ tritt auf, wenn trotz Vererbungsmotivs wegen zu hoher Opportunitätskosten keine Vererbungen erfolgen. Im Bereich der „Randlösung“ können Variationen der kreditfinanzierten Staatstätigkeit also durchaus reale Effekte auf den Kapitalbildungsprozeß haben.

Auch wenn man sich auf den Standpunkt stellen mag, daß der Nachweis von Opportunitätskosten bei Vererbungen überhaupt, welchem in der Literatur eine umfangreiche Diskussion gilt, bereits als entscheidender Einwand gegen die Neutralitätstheese zu werten ist, so besitzt das Argument von *Michaelis* doch weiterführende Qua-

lität. Er macht nämlich deutlich, daß die Relevanz des Ricardianischen Äquivalenztheorems von der *Höhe* der Staatsverschuldung abhängt. In diesem Sinne gelingt ihm eine modellendogene Kritik des *Barro*-Modells. Daß diese Einsicht konsequent in den Argumentationsrahmen zur Ableitung optimaler Finanzpolitik im Modell überlappender Generationen übertragen wird, entspricht der überzeugenden Stringenz der Gesamtdarstellung.

So ist eine Arbeit entstanden, die die herkömmliche Qualität sehr guter Dissertationen deutlich übertrifft. Allerdings weckt sie beim Leser auch zusätzliche Wünsche, jedenfalls beim Rezensenten. So tritt häufiger das Verlangen auf, mehr Anregungen für die praktische Relevanz der theoretischen Erkenntnisse zu erhalten. Hinweise auf empirische Evidenz, historisierende und institutionelle Bezugnahme, aber auch politisch-instrumentelle Schlußfolgerungen wären sicher geeignet gewesen, dem theoretischen Argument Nachdruck zu geben. Aber, daß eine solche Verknüpfung zwischen theoretischer Einsicht und politischem Gestaltungsversuch vermißt wird, spricht nur für die Überzeugungskraft dieser Arbeit.

Hans-Hermann Francke, Freiburg